

Abschrift.

Salzburg, den 4. Februar 1942
Strasse der SA 15.

Wehrkreiskommando XVIII
1 k 35 Fürs. u. Vers. (3)

BETR: UMSIEDLUNG IN DEN NEUEN REICHSGEBIETEN UND DEREN AUSWIRKUNG.

1.) An den Reichsstatthalter und Chef der Zivilverwaltung, Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums von Steiermark
Marburg/Drau
Gerichtshofgasse 9.

2.) An den Reichsstatthalter und Chef der Zivilverwaltung, Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums von Südkärnten
Veldes, Parkhotel.

3.) An die Wehrkreisverwaltung XVIII
– Sachgebiet L Wi –
Salzburg.

Nachrichtlich: Wehrmachtfürsorgeoffizier Marburg/Drau
Wehrmachtfürsorgeoffizier Villach.

Anliegenden, vom OKW übersandten Bericht über die Umsiedlung in den neuen Reichsgebieten und deren Auswirkung zur Kenntnis.

Das Wehrkreiskommando XVIII – Fürs. u. Vers. – ist vom OKW. zum Bericht aufgefordert worden, ob im Bereich des Wehrkreiskommandos ähnliche Vorkommnisse festgestellt wurden, bzw. wie sich hier die Lage der Umsiedlung gestaltet. Im Wehrkreis XVIII kommen die Umsiedlungen in den zu den Reichsgauen Steiermark und Kärnten getretenen Gebieten und die Ansiedlung von versehrten Wehrdienst- und Einsatzbeschädigten in diesen Bezirken in Frage.

Das Wehrkreiskommando bittet auch mit Bezug auf die bisher übersandten Bewerbungen von versehrten Wehrdienst- und Einsatzbeschädigten hinsichtlich deren Einsatzes in den zu den Reichsgauen Steiermark und Kärnten getretenen Gebieten um Vorlage eines entsprechenden, zur Weiterleitung an das OKW. geeigneten Berichts zum 20.2.1942.

Herr Heeres-Landwirtschaftsrat Imhof der Wehrkreisverwaltung XVIII wird gebeten, von sich aus die Angelegenheit ebenfalls zu prüfen und dem Wehrkreiskommando – Fürs. und Vers. – einen Bericht in doppelter Ausfertigung zum angegebenen Termin einzureichen, der der Vorlage des Wehrkreiskommandos – Fürs. u. Vers. – beigelegt wird.

Für das Wehrkreiskommando
Der Leiter der Wehrkreisfürsorge-
und –versorgungsabteilung
I.A.
Unterschrift unleserlich
Oberstleutnant.

Abschrift.

Bericht über die Umsiedlung und ihre Folgen.

Der Ansetzungsvorgang geht folgendermassen vor sich:
Die Polen, die evakuiert werden sollen, werden aus ihren Wohnungen gewiesen und Umsiedler dafür eingesetzt. Die Siedler erhalten meist mehrere zusammengelegte polnische Wirtschaften mit den dazugehörigen Gebäuden und dem toten und lebenden Inventar. Die Polen kommen entweder zum Arbeitseinsatz ins Altreich oder bleiben in den anderen, dem Siedler gehörigen Wohnungen und stehen als Dienstboten den Siedlern zur Verfügung. Allerdings ist es meiner Meinung nach nicht richtig, diese Leute meist ohne Lebensmittel und andere lebenswichtige Sachen zu lassen, da sie dadurch nur zum Stehlen gezwungen werden, um ihr Leben notdürftig zu erhalten. Eine andere Folge dieser Massnahme ist, dass solche Polen sich dem einträglichen Geschäft des Schmuggels oder Schleichhandels zuwenden, der an der ganzen Gouvernementsgrenze blüht, da für Lebensmittel, Stoffe, Schuhe usw. jenseits der Grenze fantastische Preise gezahlt werden.

Die Siedler erhalten etwa 8-25 ha Feld, bis zu 15 Kühe und 2-3 Pferde. Solange die Polen noch da sind, haben sie auch die nötigen Arbeitskräfte und könnten sie ihre Feld ordentlich bestellen. Nun will aber ein Teil der Siedler gar keine Bauernhöfe oder keine so großen, denn manche wollen einem Gewerbe nachgehen oder auf einem Hofe als Knecht, Schmied usw. dienen. Dass von diesen Leuten nicht viel zu erwarten ist, ist begreiflich. Es wäre auch besser gewesen, diese Männer auf Gütern und guten Bauernhöfen zur Arbeit einzusetzen, damit sie dort praktisch Landwirtschaft nach modernen Anschauungen erlernt hätten, anstatt sie so lange in Lagern sitzen zu lassen und ihnen Vorträge zu halten, die sie wahrscheinlich gar nicht begriffen haben. Ich glaube nicht, dass sich das lange müssige Lagerleben günstig auf die Leute ausgewirkt hat.

Nach Übernahme der Höfe, die ja im Frühjahr oder knapp nach der Ernte erfolgt, sollen die Siedler wirtschaften. Leider zeigt sich aber nicht der erhoffte Erfolg. Zum Teil liegt es an der Indolenz eines Teiles der Siedler, die durch das Lagerleben der Arbeit entwöhnt sind und nun glauben, dass die ausgesiedelten Polen weiter für sie die ganze Arbeit leisten sollen. Die Betreuung der Pferde und Kühe ist oft unter aller Kritik, ja es gibt Siedler, die damit überhaupt nicht umgehen können, sodass sich die ehemaligen polnischen Besitzer der armen Tiere annehmen müssen und ihnen Futter vorlegen, wenn überhaupt welches vorhanden ist.

Die Weiden sind eingeaickt worden und – nachdem nichts anderes da war, – wurde auf dem Klee geweidet, sodass jetzt natürlich kein Heu vorhanden ist. Die Rüben sind nicht recht gediehen, da sie nicht ordentlich bearbeitet wurden. Es ist also so weit, dass

die an und für sich schon mageren Kühe überhaupt nichts ordentliches [sic!] zu fressen bekommen ausser Stroh, das oft durch schlechte Lagerung auch dumpfig ist.

Die Siedler verkaufen nun immer wieder einzelne Kühe, allerdings erst dann, wenn schon an der Kuh überhaupt nichts mehr ist als Haut und Knochen. Es wäre doch besser, wenn sich die dafür verantwortlichen Stellen über den Futtermangel klar würden und das Vieh auf den Markt kommen würde, so lange es noch verwertbar ist, damit für die übrigen Tiere wenigstens das notwendigste Futter bleibt.

Mit dem Anbau ist es nicht besser. Aus dem Altreich wurden zum Drusch große Druschsätze herangezogen und das ganze Getreide ausgedroschen. Der gesamte Roggen wurde abgeliefert und kein Saatgetreide zurückgelassen. Es wurde vielmehr versichert, dass Saatgetreide geliefert werde, obgleich schon im Vorjahr die Anlieferung des Saatgetreides zu spät erfolgt war. Leider ist es auch heuer so gekommen. Das Saatgetreide (Roggen und Weizen) wurde erst Ende Oktober, Anfang November geliefert und wurde auf meist auf sehr roh und schlecht bearbeiteten Feldern angebaut, und zwar meist mit der Hand, da keine Maschinen zur Verfügung standen. Heute liegt das eben angekeimte Saatgut erfroren auf den schlecht bestellten Saatbeeten. Unter diesen Umständen ist mit einer Ernte von Wintergetreide bei den Siedlern nicht zu rechnen. Ausserdem wurde viel zu viel Weizen angebaut, der bei uns in den nassen Vorgebirgslagen selten gelingt.

Die Polen hatten auf undrainiertem Lehmboden in schmalen Beeten gebaut, was von den Betreuern der Siedler verworfen wurde. Es wurde angeordnet in breiten Beeten zu bauen. Die Siedler haben die alten schmalen Beete nur sehr unordentlich planiert, sodass überall Vertiefungen blieben, worin nach jedem Regen das Wasser steht, da die Siedler für Wasser-Furchen nicht sorgten. Wie der Anbau aussieht, kann man sich nur einen Begriff machen, wenn man ihn sieht. Was ich an Ackerungen für den Frühjahrsanbau sehen konnte, ist meist quer zum Hang über die alten Beete geackert, was zur Folge haben wird, dass das Wasser nicht ablaufen kann und der Frühjahrsanbau verzögert wird.

Zur Betreuung der Siedler sind die Siedlungshelfer und Wirtschaftsberater eingesetzt, die aber größtenteils aus Gebieten kommen, die klimatisch völlig anders gelagert sind. Zu einer praktischen Schulung der Siedler kommen die Siedlungshelfer kaum, da sie mit Büroarbeit überhäuft sind. Die Siedler müssten wissen, dass ihnen nicht geholfen wird, wenn sie selbst Schuld am Misserfolg haben. Eine Aufsicht müsste da sein, die auch ordentlich strafen kann, denn vielfach bilden sich die Siedler ein, dass sie alles straflos machen können. Es gibt genug Fälle, in denen das Getreide in Haufen – angeblich Tristen – zusammengeworfen wurde und durch Regen verdarb, obwohl alte Scheunen zur Not da waren. Mit dem Hinweis, dass soundsoviel Getreide von den Siedlern abgeliefert wurde, betrügt man sich selbst, denn den Siedlern – und auch den ausgesiedelten Polen – dürfte zur Ernährung und zum Anbau viel mehr gegeben worden sein als sie selbst erzeugt haben.

An Kartoffeln haben viele kaum das geerntet, was gesetzt wurde, und auch davon dürften noch viele erfroren sein, da sie teilweise ungedeckt auf der Tenne lagen oder in schlecht gedeckten Mieten untergebracht waren.

Meines Erachtens nach wäre es das Beste, wenn erfahrene Bauern oder Landwirte aus dieser Gegend die Leute praktisch beraten würden. Eine Umschulung sollte erst nach dem Kriege erfolgen, wenn wir in der Lage sind, diese Ausfälle zu tragen. Solange die

polnischen Bauern wirtschafteten, gab es Kartoffeln in großen Mengen, die in die Stadt geliefert wurden. Jetzt fehlen sie sogar den Siedlern selbst. Allerdings ist ein großer Teil der Schuld daran in der späten und schlechten Bestellung zu suchen, die wiederum in der verspäteten Anlieferung der Setzkartoffeln begründet ist.

Die Milchproduktion ist sehr stark zurückgegangen, was ja nach Obigem selbstverständlich ist. Ein Beispiel sei angeführt: Eine Gemeinde, die im Jahre 1939 um diese Zeit 5.000 l Milch erzeugte, liefert heute nach der Umsiedlung 4-500 Liter. Trotzdem die Siedler 10 Kühe im Stall stehen haben, verlangen sie noch Butter.

Über das Geflügel etwas zu berichten, hat keinen Sinn, denn es ist sozusagen überhaupt nichts mehr davon da, woraus die Siedler allerdings keine Schuld haben, aber die Soldaten.

F.d.R.d.A.
Unterschrift
Kr. Verw. Insp.

Kundmachung über staatspolitische Massnahmen im Grenzgebiet

Aus staatspolitischen Gründen muss aus nachstehender Grenzzone eine Umsiedlung durchgeführt werden.

Diese Zone umfasst folgende Gebiete und Gemeinden:

1. Vom Kreis Rann:

das gesamte Gebiet südlich der Sawe mit den politischen Gemeinden Sawenstein, Bründl, Radelstein (früher Butschka), Arch, Haselbach bei Gurkfeld, Gurkfeld (soweit südlich der Sawe gelegen), Zirkle, Munkendorf (früher Tschatesch), Weitental (früher Grossdolina);

nördlich der Sawe die politischen Gemeinden: Brückel (früher Dobowa), Rann, Kapellen bei Rann, Wisell, Arnau (früher Artitsch), Königsberg am Sattelbach (früher St. Petre bei Königsberg), Pirschenberg (früher Globoko) mit Ausnahme der Steuergemeinde Blatno, Gurkfeld (soweit nördlich der Sawe gelegen) mit Ausnahme der Steuergemeinden Pleterje, Anowetz und Sremitsch und von der politischen Gemeinde Drachenburg die Steuergemeinden Fautsch und Wrenskagorza.

2. Vom Kreise Trifail:

das gesamte Gebiet südlich der Sawe mit den politischen Gemeinden Ratschach, Johannistal, Kumberg bei Trifail (früher St. Georgen), Mariatal und Billichberg.

Die Umsiedlung erfolgt in das Deutsche Reich.

Das Eigentum der Umgesiedelten wird gewahrt oder entschädigt.

Wäsche, Kleider, Bettzeug und Gebrauchsgegenstände können, soweit es die Transportmöglichkeiten erlauben, mitgenommen werden. Geld und Wertgegenstände verbleiben in der Hand des Eigentümers. Für die im Land zurückgelassene Habe wird

der Eigentümer entschädigt, wenn er den Anordnungen bei der Umsiedlung Folge leistet und auch in seinem neuen Wohnort seine Pflicht erfüllt.

Widerstand und Sabotage werden nach meiner Verordnung vom 14. April 1941 streng bestraft. Die Täter verlieren jeglichen Anspruch auf Entschädigung. Den Anspruch auf Entschädigung verliert ferner auch derjenige, der sich der Umsiedlung durch die Flucht entzieht. Die Rückkehr in die bezeichnete Grenzzone ist ohne meine Genehmigung verboten.

Die Umsiedlung beschränkt sich auf die namentlich aufgezählten Gemeinden.

Die Bevölkerung der Kreise Marburg-Stadt, Marburg-Land, Pettau, Cilli [?], der Bezirkshauptmannschaft Lutterberg und aller nicht erwähnten Gemeinden der Kreise Rann und Trifail wird von ihr nicht betroffen.

Marburg an der Drau, den 20. Oktober 1941.

Der Chef der Zivilverwaltung in der Untersteiermark

Quelle: IfZ, MA 303, Bild 2589708-258913